

# Für den Unterricht – Unterrichtsbeispiel

Alfred Germ und Thomas Hellmuth

## Politik und ihre wirtschafts- politischen Handlungsspielräume

<b>Bezug zum Informationsteil</b>	Kurt W. Rothschild: Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik Wilfried Altzinger, Margit Schratzenstaller: Krisenursachen, Krisendynamiken, Maßnahmen
<b>Zielgruppe</b>	Sekundarstufe I und II. Die einzelnen Unterrichtsbeispiele lassen sich zum Teil für beide Sekundarstufen verwenden, wobei freilich qualitativ unterschiedliche Ergebnisse zu erwarten sind.
<b>Lehrplanbezug</b>	Die Lehrplanbezüge für die Anwendung der folgenden Unterrichtsbeispiele in den verschiedenen Schultypen (AHS, HS, BHMS) werden ausführlich in der Onlineversion des Bandes erläutert.
<b>Kompetenzen</b>	Methoden-, Urteils- und Sachkompetenz. Das Thema lässt eine klare Trennung der Kompetenzen nur bedingt zu; vielmehr überschneiden sich die Kompetenzen bei den angeführten Unterrichtsbeispielen. Durch die Beschäftigung mit ähnlichen Themen im Verlauf der Schullaufbahn ist auch – im Sinne kritischen Verhaltens als KonsumentIn und des Engagements für wirtschaftspolitische Entscheidungen – Handlungskompetenz zu erwarten.
<b>Zentrale Fragestellungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Welchen Handlungsspielraum besitzt Politik im wirtschaftlichen Bereich? Soll sie gestalten oder gestalten lassen? Gibt es einen Mittelweg?</li><li>▶ Welche Interessen verfolgen einzelne Akteure im Feld der Wirtschaftspolitik?</li><li>▶ Welchen Konfliktgehalt birgt Wirtschaftspolitik?</li><li>▶ Wie sind SchülerInnen von Wirtschaftspolitik betroffen?</li></ul>
<b>Wirtschaft und Politik miteinander verflochten</b>	<p><b>Annäherung an das Thema</b></p> <p>Wirtschaft und Politik sind zwei verflochtene Sphären gesellschaftlicher Realität. Auf wissenschaftlicher Ebene werden primär im Rahmen der politischen Ökonomie die Zusammenhänge analysiert und reflektiert. Dabei fokussieren die zentralen Fragestellungen darauf, wie weit Politik in der Form staatlichen Handelns in den Bereich des Wirtschaftens intervenieren soll oder eben nicht. In letzterem Fall stellt sich auch die Frage, ob der Staat nicht als „Erfüllungsgehilfe“ dem wirtschaftlichen System dient und somit seiner zentralen Aufgabe in einer bürgerlich-demokratischen Gesellschaft, nämlich individuelle und kollektive Interessen durch gemeinsame Regeln zu verbinden, widerspricht. Damit ergibt sich die Frage, wie weit die Methoden und Instrumente zur Erreichung wirtschaftspolitischer Ziele nicht aus Ideologie(n) resultieren, die zu einem bestimmten Zeitpunkt die Gesamtgesellschaft prägen (siehe Kasten von Brigitte Unger auf S. 12 idB).</p>

Eine Aufgabe der politischen Bildung ist es, dies zu diskutieren, d.h. über Vor- und Nachteile wirtschaftspolitischer Modelle zu reflektieren und – im Sinne der Urteils- und Orientierungskompetenz – eventuell auch eine Präferenz für eines der Modelle zu entwickeln und begründen zu können. Im Folgenden wird dies am Beispiel der wirtschaftsliberalen bzw. neoliberalen Modelle sowie des Sozial- und Wohlfahrtsstaates diskutiert (siehe Kasten von Brigitte Unger auf S. 12 idB). Im Zentrum steht dabei der Mensch als gesellschaftliches Wesen, wie im Diagramm „Wirtschaftspolitische Akteure“ (siehe S. 55 idB) deutlich wird.

### Methodisch-didaktische Vorbemerkungen

<b>Querschnittsmaterie Wirtschaft und Politik</b>	Beide Themenfelder ziehen sich als Querschnittsmaterie vor allem durch die AHS-Lehrpläne der Fächer Geschichte/Sozialkunde/Politische Bildung und Geographie/Wirtschaftskunde. Der enorm hohe Anteil an politischer Bildung im Rahmen des Geographie- und Wirtschaftskundeunterrichts wird dabei gerade an dieser Thematik sehr deutlich. <sup>1</sup> In Anlehnung an das Kompetenzmodell der politischen Bildung werden daher Unterrichtssequenzen geboten, aus denen für die jeweilige Jahrgangsstufe ausgewählt werden kann.
<b>Arbeitswissen</b>	Im Rahmen des <i>Arbeitswissens</i> werden der Begriff der Wirtschaftspolitik, die verschiedenen wirtschaftspolitischen Modelle und der Begriff der „ökonomischen Ethik“ geklärt, wobei im Sinne des didaktischen Prinzips der SchülerInnen- und Lebensweltorientierung <sup>2</sup> an die unmittelbare Lebenswelt der SchülerInnen angeknüpft werden soll. Das Lernfeld der Wirtschaftspolitik soll nicht als fern und abstrakt empfunden werden, sondern als unmittelbar erfahrbar. <sup>3</sup>
<b>Sachkompetenz</b>	<i>Sachkompetenz</i> wird durch das Anwenden bereits bekannter Begriffe und Modelle aus dem Lernfeld Wirtschaft geübt. In diesem Zusammenhang muss auch vermittelt werden, dass hinter all diesen Begriffen und Modellen stets menschliches Handeln steht und Wirtschaft keinesfalls auf das Alltagsverständnis von Unternehmertum und damit oftmals auf Betriebswirtschaft verkürzt werden darf, sondern die volkswirtschaftliche Perspektive von viel größerer Bedeutsamkeit ist.
<b>Methodenkompetenz</b>	Im Rahmen der <i>Methodenkompetenz</i> sollen die SchülerInnen – in Verbindung mit der Herausbildung von Sachkompetenz – lernen, Begriffe wie Liberalismus, Neoliberalismus sowie Sozial- und Wohlfahrtsstaat bei der Analyse politischer Standpunkte anzuwenden.
<b>Urteilskompetenz</b>	<i>Urteilskompetenz</i> wird schließlich trainiert, indem die SchülerInnen die Auswirkungen von Wirtschaftspolitik einschätzen, sich über die Sinnhaftigkeit staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft eine Meinung bilden sowie das Verhältnis von wirtschaftlichem Handeln und Moral im Sinne ökonomischer Ethik einschätzen. Zudem sollen die SchülerInnen verschiedene Aussagen und Urteile von wirtschaftspolitischen Akteuren in Hinblick auf wirtschaftspolitische Modelle und auf Interessenbezogenheit nachvollziehen können.

## UNTERRICHTSBEISPIELE

### 1. Wirtschaftspolitik

(Sekundarstufe I, 8. Schulstufe, oder Sekundarstufe II, 11./12. Schulstufe)

<b>Klärung des Begriffs „Wirtschaftspolitik“</b>	Zur Klärung des Begriffs „Wirtschaftspolitik“ sammeln die SchülerInnen Wortkombinationen, in denen die Wörter „Wirtschaft“ und „Politik“ vorkommen. Mit den gefundenen Begriffen wird verdeutlicht, dass auch das Leben der SchülerInnen bereits in beide Sphären eingebettet ist. Als Arbeitswissen, zugleich aber auch zur Herausbildung der Urteilskompetenz wird der Begriff der Wirtschaftspolitik schließlich anhand verschiedener Politikfelder erklärt und zugleich auf die Lebensweltorientierung der SchülerInnen Bezug genommen (M <sub>1</sub> ).
--	---

### 2. „Steuercheck“ – Welche Steuern gibt es?

(Sekundarstufe I, 8. Schulstufe, oder Sekundarstufe II, 11./12. Schulstufe)

<b>Prinzipien der Wirtschaftsmodelle vermitteln</b>	Für die SchülerInnen der Hauptschule und der AHS-Unterstufe stellen wirtschaftspolitische Modelle ohne Zweifel eine zu abstrakte Materie dar, um sie im Unterricht detailliert zu behandeln. Möglich ist allerdings eine partielle Annäherung, wenn im Sinne einer „vertikalen didaktischen Reduktion“ <sup>4</sup> kein Anspruch auf exakte Begriffsdefinitionen gestellt, sondern lediglich Prinzipien der unterschiedlichen Modelle vermittelt werden. Am Beispiel von Steuern, die auch Jugendliche etwa beim Kauf von Konsumprodukten betreffen, kann die Frage des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft auf einem altersgemäßen Niveau diskutiert und letztlich eine Basis geschaffen werden, auf welcher der Unterricht in der
---	--

Sekundarstufe II aufbauen kann. Folgender Unterrichtsvorschlag lässt sich aber auch in der 11. oder 12. Schulstufe sehr gut verwirklichen.

**„Steuercheck“** Zur Schaffung von „Arbeitswissen“ muss zunächst geklärt werden, wozu Steuern bezahlt werden und welche Steuern es gibt. Dazu eignet sich ein „Steuercheck“, wobei folgende Überlegungen zentral sind: Im Alltagsdiskurs ist oftmals davon die Rede, dass niemand gerne Steuern zahle. Was würde es aber bedeuten, wenn keine Steuern zu bezahlen sind? Wie könnte man dann eine Gemeinschaft organisieren? Welche Bedeutung hat es für einen Staat, wenn Korruption und Schwarzarbeit Politik und Wirtschaft prägen?

Zur Beantwortung dieser Fragen beschäftigen sich die SchülerInnen in Einzel-, Partner- und Gruppenarbeit mit folgenden Themen:

- ▶ Warum muss man Steuern zahlen?
- ▶ Welche Steuern kenne ich?
- ▶ Welche Steuern bezahle ich bereits als SchülerIn?
- ▶ Ich weiß, was man unter Schwarzarbeit versteht. Das bedeutet nämlich, dass ...
- ▶ Ich darf zur Schule gehen! Wer bezahlt eigentlich die Schulräume, die LehrerInnen?
- ▶ Was ist der Unterschied zwischen „brutto“ und „netto“?
- ▶ Ist eine Steueroase ein Ferienparadies?
- ▶ Was versteht man unter FinanzministerIn, Finanzamt und Steuerhinterziehung?

**Einzel- und Gruppenarbeit** Die Beschäftigung mit den Fragen und Aufgaben erfolgt zunächst in Einzelarbeit. In einem zweiten Schritt vergleichen und ergänzen die SchülerInnen ihre Antworten in Partnerarbeit. In einer Gruppenarbeit soll ferner neben weiteren Vergleichen und Ergänzungen auch über die verschiedenen Ergebnisse diskutiert werden. Unter Anleitung der Lehrerin/des Lehrers erfolgt schließlich eine allgemeine Reflexion im Klassenforum, die zur

DIE WICHTIGSTEN STEUERN IN ÖSTERREICH		ARBEITSWISSEN
Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer)	Sie ist in den Preisen von Produkten und Dienstleistungen enthalten und beträgt grundsätzlich 20 %. Ausnahmen bilden Nahrungsmittel oder Bücher.	
Einkommensteuer (Lohnsteuer)	Besteuert die Einkünfte der selbstständig und unselbstständig Erwerbstätigen und richtet sich nach der Höhe des Einkommens. Höchststeuersatz liegt bei 50 %.	
Mineralölsteuer (MÖST)	Damit werden Mineralöle wie Diesel und Benzin besteuert. Je nach Mineralöl liegt die Steuer etwa bei 60 % pro Liter.	
Körperschaftssteuer (KÖST)	Große Unternehmen wie etwa Aktiengesellschaften oder GmbH werden mit 25 % auf den jährlichen Gewinn besteuert.	
Tabaksteuer	Wird auf Tabakwaren eingehoben und beträgt mindestens 83 Cent auf eine 20er-Packung.	
Stiftungen	Beim Einbringen von Kapital (auch Sachgüter) fallen 2,5 % Stiftungseingangssteuer an („kleiner Steuervorteil“). Die Zinserträge, die jährlich aus Stiftungen erwachsen, werden mit 12,5%, das ist die Hälfte der KESt, besteuert („großer Steuervorteil“), wobei gewisse Vermögensveräußerungen sogar steuerfrei sind.	
Gruppenbesteuerung	Verluste österreichischer Tochterunternehmen können mit den Gewinnen des Unternehmens im Inland gegengerechnet werden. Das reduziert die Bemessungsgrundlage bei der Berechnung der Gewinnsteuern.	
Vermögenssteuern	Ehemalige Erbschafts- und Schenkungssteuer; in Österreich ist Vermögen kaum besteuert.	

**Am Ende Reflexion im Klassenforum** Klärung von noch offenen Fragen dienen soll. Im Anschluss daran stellt der/die LehrerIn in einem Lehrervortrag die beiden idealtypischen Steuermodelle, das „Progressive Steuermodell“ und das „Flat-Tax-Modell“ vor (siehe Arbeitswissen S. 79 idB).

**„Amerikanische Debatte“** In der Folge wird eines der Modelle mithilfe einer „Amerikanischen Debatte“ diskutiert: Die Klasse teilt sich in zwei Gruppen, wobei eine Gruppe Pro-Argumente und die andere Gegenargumente sammelt. Im Gegensatz zur Pro-und-Kontra-Diskussion erfolgt die Debatte nach festen Regeln: Jede Gruppe bestimmt für die Debatte drei bis vier DiskutantInnen, die sich an einem Tisch gegenüber sitzen. Der Diskussionsleiter bzw. die Diskussionsleiterin beginnt die Debatte, indem er/sie den Sachverhalt kurz erklärt und einem ersten Diskutanten bzw. einer ersten Diskutantin das Wort erteilt. Jede/r DiskutantIn hat eine bestimmte Zeit, zwischen 30 und 60 Sekunden, zur Verfügung. Der Rede folgt eine Gegenrede; ist die Runde zu Ende, geht es wieder rückwärts bis zum Ausgangspunkt. ProtokollführerInnen können die vorgebrachten Argumente mitschreiben und nach der Diskussion zusammenfassen.

IDEALTYPISCHE STEUERMODELLE		ARBEITSWISSEN														
<p><b>Progressives Steuermodell</b>                      Dieses Modell geht davon aus, dass mit zunehmendem Einkommen und Vermögen auch der Steuersatz steigt. „Wer mehr verdient, zahlt daher grundsätzlich mehr Steuern.“ Damit soll eine Umverteilung von den besser Verdienenden zu den schlechter Verdienenden erreicht werden. Bei einem linearen Steuertarif mit konstantem Steuersatz steigt die Steuer proportional an. Bei einem linear →progressiven Steuertarif steigt die Steuer proportional zum Einkommen. Bei einem stufigen progressiven Steuertarif gibt es mehrere Zonen, in denen der Steuersatz jeweils gleich bleibt. Durch Freibeträge werden meistens gewisse Teile des Bruttojahreseinkommens von der Steuer befreit, sodass nicht das gesamte Einkommen der progressiven Besteuerung unterliegt.</p>	<p><b>Flat-Tax-Modell</b>                      Dieses Modell sieht eine einheitliche Besteuerung vor, egal wie hoch das Einkommen oder Vermögen ist. „Wer mehr verdient, zahlt daher grundsätzlich weniger Steuern.“ Die besser Verdienenden profitieren von derartigen Modellen daher viel umfangreicher. Verteilungspolitisch gilt dieses Modell als problematisch. Durch den einheitlichen Steuertarif ergibt sich eventuell eine vereinfachte Berechnung der zu zahlenden Steuersumme und weniger administrativer Aufwand.                      Seit der Transformation vieler osteuropäischer Staaten von der Plan- zur Marktwirtschaft haben viele dieser Staaten dieses Modell eingeführt. In der Slowakei gibt es mit 19 % eine einheitliche Mehrwertsteuer, Einkommensteuer und Körperschaftssteuer.</p>															
<table border="1"> <caption>Progressive Tax Rates (Austria)</caption> <thead> <tr> <th>Einkommensstufen in Euro</th> <th>Steuersätze</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>bis 11.000 €</td> <td>0</td> </tr> <tr> <td>ab 11.000 € bis 25.000 €</td> <td>36,5 %</td> </tr> <tr> <td>ab 25.000 € bis 60.000 €</td> <td>43,214 %</td> </tr> <tr> <td>ab 60.000 €</td> <td>50 %</td> </tr> </tbody> </table>	Einkommensstufen in Euro	Steuersätze	bis 11.000 €	0	ab 11.000 € bis 25.000 €	36,5 %	ab 25.000 € bis 60.000 €	43,214 %	ab 60.000 €	50 %	<table border="1"> <caption>Flat Tax Rate (Slovakia)</caption> <thead> <tr> <th>Einkommen (€)</th> <th>Steuersatz</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>0 - 50.000</td> <td>19 %</td> </tr> </tbody> </table>	Einkommen (€)	Steuersatz	0 - 50.000	19 %	
Einkommensstufen in Euro	Steuersätze															
bis 11.000 €	0															
ab 11.000 € bis 25.000 €	36,5 %															
ab 25.000 € bis 60.000 €	43,214 %															
ab 60.000 €	50 %															
Einkommen (€)	Steuersatz															
0 - 50.000	19 %															
<p>Quelle: <a href="http://www.bmf.gv.at/Publikationen/Downloads/BroschurenundRatgeber/Steuerreform_09_20.3-3.pdf">http://www.bmf.gv.at/Publikationen/Downloads/BroschurenundRatgeber/Steuerreform_09_20.3-3.pdf</a>, S. 5 (letzter Zugriff 15.7.2010)</p> <p>Die Grafik zeigt ein stufig progressives Steuermodell anhand des österreichischen Lohn- und Einkommensteuertarifs: Je höher das Jahreseinkommen ist, desto höher ist der Steuersatz.</p>	<p>Quelle: Eigene Darstellung Alfred Germ</p> <p>Beim Flat-Tax-Modell zahlen alle Erwerbstätigen gleich viel Prozent ihres Einkommens an Steuern. Die Grafik zeigt das Beispiel der Slowakei, hier liegt der Steuersatz bei 19 Prozent.</p>															

Danach entscheiden die BeobachterInnen durch eine Abstimmung über die ihrer Meinung nach besseren Argumente. Auch eine Plenumsrunde ist als Abschluss möglich. Am Ende der Unterrichtssequenz werden schließlich die wichtigsten Steuern als „Arbeitswissen“ in einem LehrerInnen-SchülerInnen-Gespräch kurz zusammengefasst.

### 3. Wirtschaftspolitische Modelle (Sekundarstufe II, 11./12. Schulstufe)

**Arbeitswissen schaffen** In der Sekundarstufe II lässt sich auf das noch recht rudimentäre Wissen über die Frage des staatlichen Einflusses aufbauen: Die SchülerInnen haben eine erste Vorstellung von den verschiedenen Positionen zum Thema erhalten, die nun detaillierter behandelt werden können. In einem ersten Schritt erhalten sie dafür eine Übersicht der verschiedenen wirtschaftspolitischen Modelle (Kasten auf S. 12 idB), die sie zunächst – im Sinne eines ergebnisorientierten Unterrichts bzw. erarbeitender Lernverfahren<sup>5</sup> – bearbeiten. Damit wird „Arbeitswissen“ geschaffen, das zur Herausbildung von Sach- und Urteilskompetenz notwendig ist. In einem weiteren Schritt versuchen die SchülerInnen Passagen aus den Partei- bzw. Grundsatzprogrammen (siehe M<sub>4</sub> in der Onlineversion) den jeweiligen wirtschaftspolitischen Modellen zuzuordnen (Sachkompetenz). Möglich ist freilich auch, die SchülerInnen in Gruppen gesamte Partei- oder Grundsatzprogramme auf die darin enthaltenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen durchsuchen zu lassen.<sup>6</sup> Dabei werden die in M<sub>4</sub> gestellten Fragen beantwortet.

**„Sandwich-Feedback“** Dazu werden Gruppen gebildet, die schließlich ihre Ergebnisse vorstellen und begründen. Im Rahmen eines sogenannten „Sandwich-Feedbacks“<sup>7</sup> werden die Präsentationen sowohl von den SchülerInnen als auch von dem/der LehrerIn kommentiert. Zusätzlich könnten Plakate gestaltet werden, auf denen Konterfeis von PolitikerInnen unterschiedlicher Parteien bestimmte Aussagen zur Wirtschaftspolitik in Sprechblasen zugeordnet werden. Als Abschluss der Unterrichtssequenz wird – unter zusätzlicher Hilfe von M<sub>5</sub> (in der Onlineversion) – die Urteilskompetenz trainiert.

### 4. Politik und Wirtschaft in der EU: Zuständigkeiten und Kompetenzaufteilung (Sekundarstufe II, 10. bis 12. Schulstufe)

Die EU regelt immer stärker die Lebensbereiche der EU-BürgerInnen, auch wenn dies oftmals nicht bewusst sein mag. Dies betrifft vor allem den Bereich der Wirtschaftspolitik, der ja auch am stärksten vergemeinschaftet ist. Im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses haben sich dabei zwischen den EU-Institutionen (EU-Kommission, EU-Ministerrat, EU-Parlament) und den Nationalstaaten folgende Zuständigkeiten herausgebildet, die das Leben der EU-BürgerInnen beeinflussen.

- ➔ Die Gemeinsame Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik sowie die Außenhandelspolitik fallen dabei unter die ausschließliche Zuständigkeit der EU. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist für die Währungs- und Geldpolitik und damit für die Stabilität des Euro zuständig.
- ➔ Andere Politikfelder wie zum Beispiel die Gemeinsame Agrar-, Sozial-, Verkehrs-, Energie-, Forschungs- und Umweltpolitik fallen dabei unter die gemischte Zuständigkeit von EU und Mitgliedsstaaten.
- ➔ Im ausschließlichen Einflussbereich der Nationalstaaten liegen weiterhin etwa Fragen des Sports, der Bildung oder der Kultur (siehe dazu Arbeitsblatt M<sub>2</sub> bzw. die Mengengrafik „Zuständigkeiten in der Europäischen Union“ auf <http://www.bpb.de/files/LF1XME.pdf>).

VERORDNUNGEN UND RICHTLINIEN		ARBEITSWISSEN
<b>Verordnungen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Richten sich unmittelbar an die EU-BürgerInnen,</li> <li>▶ begründen für EU-BürgerInnen subjektive Rechte und Pflichten,</li> <li>▶ nationale Umsetzung ist nicht mehr erforderlich.</li> </ul>	<b>Richtlinien</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Richten sich an die Mitgliedsstaaten und nicht direkt an die EU-BürgerInnen,</li> <li>▶ geben den Mitgliedsstaaten einheitliche Ziele vor,</li> <li>▶ müssen durch nationale Gesetze umgesetzt werden.</li> </ul>	

Dabei nehmen der EU-Ministerrat (die jeweiligen nationalen MinisterInnen) und das Europäische Parlament mittels Verordnungen und Richtlinien auf die nationale Gesetzgebung Einfluss. Verordnungen und Richtlinien betreffen daher die EU-BürgerInnen in jedem Fall.

**Simulationsspiel EU-Konvent** Infolge der jüngsten globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, die auch eine Vielzahl europäischer Staaten sehr stark betrifft, ist die Forderung nach Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung<sup>9</sup> lanciert worden. Die SchülerInnen bilden dazu in der Klasse einen EU-Konvent (Ablauf des Spiels siehe Onlineversion).

### 5. World Café zu internationalen Akteuren der Wirtschaftspolitik (Sekundarstufe II, 12. Schulstufe)

**Stationenbetrieb** Um dieses umfangreiche Stoffgebiet internationaler Akteure der Weltwirtschaft zu bewältigen, bietet sich die Methode des World Cafés an. Dazu benötigt man einen Unterrichtssaal (EDV-Saal) mit mehreren Möglichkeiten, einen PC zu nutzen. Dabei richtet man die Klasse als kleines Kaffeehaus ein. An jeweils 5 bis 6 Tischen arbeiten 3 bis 5 SchülerInnen im Internet auf den Homepages der jeweiligen Institutionen und Organisationen (für die genauen Internetadressen siehe die Webtipps am Ende dieses Beitrags). Fortgeschrittene Englischkenntnisse dürfen erwartet werden. Auf einem Flipchart-Papier, das anschließend als „Tischpapier“ an den jeweiligen Kaffeetischen Verwendung findet, werden einige Punkte zu den verschiedenen Institutionen und Organisationen festgehalten. Jetzt beginnt die Rotation der einzelnen Gruppen. Ein/e GastgeberIn bleibt am jeweiligen Tisch und empfängt seine/ihre Gäste, erklärt die Institution oder Organisation, ergänzt Bemerkungen und Kommentare aus dem Gespräch am Papier. Diese Rotation findet so lange statt, bis alle SchülerInnen jedes Thema gehört haben. An eine allgemeine Reflexionsrunde schließt die Ertragssicherung mittels einer Tabelle an (M<sub>3</sub>)



#### ONLINEVERSION

In der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com) finden Sie folgende weiterführende Materialien und Unterrichtsbeispiele:

- ▶ Text: Lehrplanbezug
- ▶ M2: Auflösung für die Tabelle der Zuständigkeiten zwischen EU und EU-Mitgliedsstaaten
- ▶ M4: Partei- und Grundsatzprogramme
- ▶ M5: Definition Demokratie
- ▶ Unterrichtsbeispiel: Talkshow: Soll der Staat Steuern einheben? Inkl. der dazugehörigen Rollenkarten
- ▶ Unterrichtsbeispiel: Ökonomische Ethik inkl. Arbeitswissen zur ökonomischen Ethik
- ▶ Unterrichtsbeispiel: Simulation EU-Konvent

**M**ATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

<b>M<sub>1</sub> Wirtschaftspolitik</b>			
<b>Beispiele für Wirtschaftspolitik</b>	<b>Wie betrifft mich das bereits jetzt?</b>	<b>Wie betrifft mich das in Zukunft?</b>	<b>Wie sind meine Eltern davon betroffen?</b>
Arbeitsmarkt-politik			
Landwirtschafts-politik			
Konsumenten-schutzpolitik			
Budgetpolitik			
Verkehrspolitik			
Bildungspolitik			
Sozialpolitik			
Umweltpolitik			
<p>Wirtschaftspolitik umfasst unterschiedliche Teilbereiche wie Arbeitsmarktpolitik, Budgetpolitik etc.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▶ Wie bist du/seid ihr von diesen Teilbereichen in deinem/eurem Leben betroffen?</li> <li>▶ Wie werdet ihr in der Zukunft davon betroffen sein? Wie wirken sich diese Bereiche auf eure Eltern aus?</li> <li>▶ Überlegt gemeinsam und tragt die Ergebnisse im Arbeitsblatt ein.</li> </ul>			

**M<sub>2</sub> Tabelle der Zuständigkeiten zwischen EU und EU-Mitgliedsstaaten**

	EU	EU/Mitgliedsstaat	Mitgliedsstaat
AHS-Lehrplan			
Fischereifangquoten			
Zölle			
Fusion von großen Handelsketten			
Gentechnikfragen in der Landwirtschaft			
Gesamtschule			
Jugendschutz			
Brenner-Basistunnel			
Neue Einheit von Euromünzen			
Errichtung eines Opernhauses			
Lebensmittelkennzeichnung			
Bananenimport aus Mittelamerika			
Steuerpolitik			
Handelsabkommen mit Russland			
Neutralität eines Landes			
Errichtung eines Technologieparks			

▶ Wer ist zuständig? Suche die richtige Zuständigkeit und kreuze diese an (Partnerarbeit)  
 ▶ Welche Zuständigkeiten gehören zum Feld der Wirtschaftspolitik? Markiere diese!

**M<sub>3</sub> Tabelle internationaler Akteure**

	IWF	WTO	G-8/G-20	EZB	ATTAC
Aufgaben					
Ziele					
Bedeutung					
Kritik					
Sonstiges					

Du hast auf dieser Liste eine Aufstellung von Organisationen und Institutionen erhalten. Sammle Informationen über eine dieser Gruppen im Web und bearbeite folgende Fragen:

- ▶ Um welche Organisation und Institution handelt es sich hier?
- ▶ Welche wirtschaftspolitischen Ziele verfolgt die Organisation (IWF, WTO, OECD, G-8/→G-20, EZB)?
- ▶ Was sagen globalisierungskritische Organisationen wie ATTAC, das Weltsozialforum oder Greenpeace über die jeweiligen anderen Institutionen?
- ▶ Welche Kritikpunkte und Alternativen dieser NGOs findest du gut, welche schlecht? Begründe dies!
- ▶ Kann ich mir ein aktives Engagement bei globalisierungskritischen Organisationen vorstellen?
- ▶ Was habe ich beim Recherchieren nicht verstanden?
- ▶ Auf welche Weise und in welcher Form betreffen mich die wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Entscheidungen dieser Organisationen?





## WEBTIPP

### [www.imf.org/external/index.htm](http://www.imf.org/external/index.htm) – Internationaler Währungsfonds

Die mehrsprachige Homepage des Internationalen Währungsfonds bietet neben den Tätigkeiten der Organisation wissenschaftliche Berichte, Daten und Statistiken, Länderprofile und Videos an.

### [www.wto.org](http://www.wto.org) – Welthandelsorganisation

Die mehrsprachige Website der Welthandelsorganisation (WTO) informiert über ihre Tätigkeitsbereiche und Publikationen.

### [www.g8.utoronto.ca](http://www.g8.utoronto.ca) – Gruppe der Acht

Publikationen, Basisinformationen über die Gruppe der Acht (G-8), der die größten Industrienationen der Welt angehören, und die beschlossenen Dokumente der G-8-Gipfeltreffen finden sich auf dieser Homepage.

### [www.g20.org](http://www.g20.org) – Gruppe der Zwanzig

Auf der Website der →G-20 werden Informationen zur G-20 sowie Publikationen und Linksammlungen zu den wichtigsten wirtschaftlichen Akteuren angeboten.

### [www.ecb.int/ecb/html/index.de.html](http://www.ecb.int/ecb/html/index.de.html) – Europäische Zentralbank

Das Webportal der Europäischen Zentralbank informiert unter anderem über das Eurosystem, gibt einen historischen Rückblick auf die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und beinhaltet Lehrmaterialien und einen Zeichentrickfilm für den Gebrauch in Schulen.

### [www.attac.at](http://www.attac.at) – Attac

Hier finden sich Infos über Ziele, Themen und Kampagnen von Attac Austria, Teil des internationalen globalisierungskritischen Netzwerks Attac.

### [www.weltsozialforum.org](http://www.weltsozialforum.org) – Weltsozialforum

Auf dem deutschsprachigen Informationsportal zur weltweiten Sozialforum-Bewegung werden Informationen zu den Themen des Weltsozialforums und zu vergangenen Weltsozialforen angeboten.

### [www.bpb.de/files/LF1XME.pdf](http://www.bpb.de/files/LF1XME.pdf) – Grafik „Zuständigkeiten in der Europäischen Union“

Die Grafik zeigt, wie die Kompetenzen zwischen EU-Mitgliedsstaaten und der EU in verschiedenen Politikfeldern verteilt sind.

## Alfred Germ, MMag.

Siehe Seite 57 idB.

## Thomas Hellmuth, Dr.

Senior Scientist am Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte der Johannes-Kepler-Universität Linz (JKU), Initiator und wissenschaftlicher Leiter des Masterstudiums „Politische Bildung“ an der JKU, teilzeitbeschäftigter AHS-Lehrer (derzeit beurlaubt), Lektor an den Universitäten Salzburg und Wien sowie der Pädagogischen Hochschule Oberösterreich.

- 1 Germ, Alfred: Politische Bildung im Geographie- und Wirtschaftskundeunterricht. Alltagsverständnis, Disziplinselbstverständnis, Bildungsauftrag und Ökonomisierung – Unterrichten im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis. Saarbrücken 2009, S. 104–120.
- 2 Detjen, Joachim: Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland. München–Wien 2007, S. 330–333; Hellmuth, Thomas/Klepp, Cornelia: Politische Bildung. Geschichte – Modelle – Praxisbeispiele. Wien–Köln–Weimar 2010, S. 145f.
- 3 Zum Einstieg in diese Thematik bieten sich die methodisch-didaktischen Überlegungen von Herbert Pichler an: Pichler, Herbert: Wirtschaft und Politik – Wer macht die Wirtschaft? Wer hat die Macht in der Wirtschaft?, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Herrschaft und Macht (= Informationen zur Politischen Bildung 31). Innsbruck–Wien–Bozen 2009, S. 78f.
- 4 Eine „vertikale didaktische Reduktion“ vereinfacht komplexe Sachverhalte, womit ein geringerer Gültigkeitsgrad verbunden ist. Eine „horizontale didaktische Reduktion“ übersetzt dagegen Fachsprache in einfache Sprache, ohne aber inhaltlich zu vereinfachen. Gagel, Walter: Einführung in die Didaktik des politischen Unterrichts. Opladen 2000 (2. Aufl.), S. 110–119.
- 5 Grundlegend wird zwischen darbietenden, erarbeitenden und entdeckenden Lernverfahren unterschieden: Darbietende Lernverfahren dienen der direkten Wissensvermittlung und sind hochgradig lehrergesteuert. Erarbeitende Lernverfahren umgehen zwar die direkte Wissensvermittlung, sind aber auf ein vom Lehrer bzw. von der Lehrerin bestimmtes Ziel ausgerichtet. Entdeckende Lernverfahren verzichten auf Lernhilfen und Anleitungen. Die Lernsituation soll vielmehr so gestaltet werden, dass die Lernenden eigenständig Erkenntnisse und Wissen gewinnen können (Detjen, Politische Bildung, S. 346).
- 6 Anlässlich von Wahlkämpfen ließe sich auch eine Medienbeobachtung durchführen, welche die Inhalte der Parteiprogramme und Grundsatzpapiere ergänzen kann bzw. auch einen Vergleich mit der politischen Praxis der jeweiligen Partei ermöglicht.
- 7 <http://arbeitsblaetter.stangl-taller.at/KOMMUNIKATION/Feedback-Kritik.shtml> (letzter Zugriff 8.7.2010).
- 8 Vgl. die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy (<http://derstandard.at/1267132261024/EU-Wirtschaftsregierung-gesucht> [letzter Zugriff 10.7.2010]).